

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Andreas von Bülow MdB,
Bundesforschungsminister,
setzt sich für eine Zu-
sammenarbeit von Bund,
Ländern und Wirtschaft
ein: Absage an den Nacht-
wächterstaat.

Seite 1

Dagmar Luuk MdB warnt vor
trügerischen Hoffnungen in
der Ausländerpolitik:
Praktische Entwicklungshilfe?

Seite 5

Günter Wirth MdL fordert
gezielte und verstärkte
Ermittlungen in der
Streibl-Affäre: Noch nicht
aus dem Schneider.

Seite 6

Dokumentation: Erklärung
von Björn Engholm zur
Spitzenkandidatur in
Schleswig-Holstein.

Seite 8

37. Jahrgang / 94

18. Mai 1982

Absage an den Nachtwächterstaat

Bund, Länder und Wirtschaft müssen zusammenarbeiten

Von Dr. Andreas von Bülow
Bundesminister für Forschung und Technologie

Unsere Wirtschaft steckt gegenwärtig in einer schwierigen Situation, für die es mehrere Ursachen gibt. Es kommen dabei internationale und nationale Entwicklungen zusammen. Einfache Rezepte bestechen deshalb nicht. Sie werden der Komplexität der Schwierigkeiten nicht gerecht. Wirtschaft und Politik müssen mit völlig neuen, in dieser Zusammenballung seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht aufgetretenen Problemen fertig werden.

Wachstum und Beschäftigung geben heute in allen westlichen Industrieländern - und ebenso in den Staatshandelsländern - zu Sorgen Anlaß. Ich sehe nicht, daß der neue wirtschaftspolitische Kurs in England und den USA, der mancherseits mit viel Vorschußlorbeeren bedacht worden ist, bisher erfolgreich war - im Gegenteil.

Ohne das Vertrauen des Auslandes in die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und ohne die Erfolge unserer Exportnutrien würde unsere Arbeitsmarktlage mit derzeit fast zwei Millionen Arbeitslosen noch schlechter aussehen. Mehr als jede vierte Mark bei uns wird im Export verdient. Pro Kopf der Bevölkerung sind wir das exportstärkste Land der Welt. Allein im Maschinenbau betrug der Exportüberschuß 1980 37 Milliarden DM. Auch andere Branchen sind nach wie vor erfolgreich.

Wir stehen allerdings unter einem harten Anpassungsdruck aus dem internationalen Strukturwandel. Sogenannte Schwellenländer treten auf den Markt und machen alten Branchen in den Industrieländern Wettbewerbspositionen streitig: zum Beispiel Stahl, Textil, Schiffbau. Auf die Industrialisie-



zung weiterer Länder der Dritten Welt müssen wir uns einrichten. Andererseits versuchen Industrieländer wie die USA und Japan im Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft die technologisch geprägten Wachstumsfelder der Zukunft für sich zu erschließen. Ihnen gegenüber müssen wir uns behaupten.

Wir können bei der Analyse nicht stecken bleiben. Die Herausforderungen müssen angenommen werden. Sonst melden wir uns ab als Industriestaat, der seine hohen Einkommen, das soziale Netz und seine hervorragende Infrastruktur ganz wesentlich auf seine Wettbewerbsfähigkeit gründet. Mit Wehleidigkeit und Gemälden über düstere Zukunftsaussichten kommen wir nicht weiter. Im Gegenteil! In einer schwierigen Situation darf man sich erst recht nicht in die Handlungsunfähigkeit treiben lassen.

Uns helfen keine alten Rezepte; keine Brüning'sche Sparpolitik, aber auch keine massiven staatlichen Ausgabenprogramme, die über den Kapitalmarkt finanziert werden müßten.

Es heißt, ein Prozent Zinssenkung reizt Investitionen der Wirtschaft in Höhe von acht Milliarden DM an. Der positive Trend zu Zinssenkungen sollte daher nicht konterkariert werden. Andererseits kann sich der Staat, kann sich die Bundesregierung nicht aus der Mitverantwortung für die Sicherung und Wiedergewinnung einer hohen Beschäftigung stellen.

Auch wenn es dafür kein Patentrezept gibt, die Alternative für die Bundesregierung kann nicht resignierendes Nichtstun sein. Wenn wir uns darüber einig sind, daß der soziale Konsens in diesem Land eben auch ein nicht zu unterschätzender Produktivitätsfaktor ist, dann wird man zu seiner Erhaltung seitens des Bundes, der Länder und der Wirtschaft selbst etwas tun müssen.

Nach Auffassung der Bundesregierung geht es in einer längerfristigen Sicht über wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen hinaus insbesondere um eine Modernisierung unserer Volkswirtschaft.

Die Richtung scheint mir mit Blick auf die eingangs aufgezählten Herausforderungen vorgegeben. Wir müssen uns mehr als bisher auf technologieintensive Produkte verlegen, die eine hohe Wertschöpfung bringen und im Inland wie im Ausland wettbewerbsfähig sein. Dazu werden nach meiner Einschätzung energiesparende, umweltfreundliche, rohstoffschonende, qualitativ und sicherheitsmäßig bessere Produkte und Verfahren gehören. Mit wenigen Worten: Wir werden nach den zukünftigen Wachstumsfeldern suchen, diese dann gegen die internationale Konkurrenz zum Teil besetzen und kultivieren müssen.

Dazu will das Bundesministerium für Forschung und Technologie mit einem Teil seiner rund 6,6 Milliarden DM Haushaltsmittel einen Beitrag leisten, nicht mehr. Mehr kann es auch gar nicht. Diese Politik wird von Unternehmern mit dem Argument kritisiert, der Staat könne die wichtigen Zukunftsentwicklungen doch nur schlechter als die Unternehmen selbst einschätzen und solle deshalb, weil wettbewerbsverzerrend, von jeder Aktivität Abstand nehmen. Das sei öffentliches Geld, das man sparen könnte.

Ich halte diesen Ansatz für falsch, mit Blick auf das Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft bei der internationalen Konkurrenz sogar für erstaunlich kurzfristig. Der Kern dieses Arguments ist übrigens so alt wie die moderne Nationalökonomie.

Richtig ist, daß Anpassungsprozesse vor allem durch Marktkräfte herbeigeführt werden müssen. Aber Marktkräfte funktionieren eben nur dann, wenn auch international die Entwicklung der Wirtschaft und Technologie den Marktkräften allein überlassen bleibt. Das



aber trifft gerade im Bereich neuer zukunftsweisender Technologien in der Regel nicht zu.

Wer wollte denn wirklich behaupten, daß die Preisverschiebungen im Energiebereich, daß der stürmische Aufschwung in den neuen Technologien der Mikroelektronik, der Lasertechnik, der Beherrschung komplexer Softwaresysteme in der Datenverarbeitung, der Bildtechnik und anderer Technologien bei unseren Hauptkonkurrenten an den Weltmärkten allein vom Markt herbeigeführt worden seien. Es waren die staatlichen Geburtshelfer, die an der Wiege vieler neuer Technologien standen. Nur stand die Wiege in den letzten zehn Jahren häufig nicht bei uns. Wo gibt es einen namhaften Lasertechniker, dessen Entwicklungsarbeiten nicht irgendwann wesentlich durch öffentliche Forschungs- und Beschaffungsaufträge finanziert worden sind?

Wo gibt es eine führende amerikanische Forschungsgruppe auf dem Gebiet der Datenverarbeitung, die sich nicht zu einem erheblichen Teil, direkt oder indirekt aus öffentlichen Mitteln ernährt?

Niemand sollte darüber hinwegsehen, daß die öffentliche Hand in den USA im Rahmen der militärtechnischen Forschung und Entwicklung riesige personelle Kapazitäten aufgebaut hat und daß diese in den 80er Jahren mehr noch als in der Vergangenheit auch im zivilen Bereich der Wirtschaft große Impulse geben werden. Und zwar gerade in den Bereichen, die für Hochlohnländer besonders interessant sind, zum Beispiel bei Werkstoffen, in der Informationstechnik für neue Fertigungstechnologien und so weit.

Die japanische Wirtschaft hat in enger Zusammenarbeit mit ihrer Regierung auch ohne den Vorlauf im Militärbereich die Bedeutung neuer Technologien frühzeitig erkannt und gemeinsam mit dem Staat in Zukunftsindustrien massiv investiert und die Forschungsförderung darauf eingestellt. Wir würden völlig abgehängt, wenn wir als öffentliche Hand unserer Wirtschaft in diesen Bereichen nicht helfen könnten und würden.

Die Japaner haben bei der staatlich geförderten Forschung immer viel stärker als wir auf die konkreten Nutzungsmöglichkeiten in der Wirtschaft geachtet und deshalb einen sehr viel besseren Einsatz der finanziellen Mittel mit einem höheren Output erreicht.

Wer bei uns die Herausforderung, den technischen Wandel zur Erhöhung unserer Leistungsfähigkeit zu nutzen, nach dem individualistischen Motto angeht, die Unternehmen wüßten allein am besten, wo die zukünftigen Absatzchancen liegen und wahrgenommen werden können, der liegt nur halb richtig. Er übersieht zum Beispiel die unabhängig von der Fähigkeit des jeweiligen Unternehmensmanagements erreichten Erfolge der Japaner in Technologiebereichen wie der Optik, der Unterhaltunselektronik, des Automobilbaus, der Stahlerzeugung, der Schifffahrt, um nur die wichtigsten zu nennen. Dafür sind nicht nur niedrigere Löhne oder Fleiß die Ursachen, sondern offenbar von den politisch und wirtschaftlich wichtigen Gruppen vereinbarte große gemeinsame Zielsetzungen, die konsequent über lange Jahre durchgehalten wurden. Diese Zusammenfassung aller Kräfte für langfristige Entwicklungsziele in Wirtschaft und Technologie ist - das spüren wir alle täglich - ungeheuer effizient. In allen diesen Bereichen haben sich staatliche Forschungsförderung, wirtschaftliches know-how und - diesen Faktor darf man nicht unterschätzen - die Banken zusammengetan und gemeinsame Entwicklungsstrategien für einzelne Branchen entwickelt. Dann wurde eine Feinabstimmung der Instrumente durchgeführt.

Das reichte von langfristigen Bankkrediten und hoher direkter Forschungsförderung, über Steuerabschreibungen, regionale Präferenzsysteme bis zu konkret vorgegebenen Produktionszuwächsen der einzelnen Branchen. Das hat das japanische Industrieministerium - MITI - mit den Branchen zusammen durchgesetzt. Parallel dazu wurden andere Branchen die kein großes Wachstumspotential zu erwarten hatten, in einen langsamen Schrumpfungs-



prozeß gebracht, der sozial abgefedert wurde. Durch die Zulassung von zeitlich begrenzten Kartellen wurde der Prozeß auch wirtschaftlich beschleunigt.

Man kann das im Ergebnis nun als eine konzentrierte von Staat und Wirtschaft gemeinsam getragene Strukturpolitik bezeichnen. Genau denselben Weg gehen die Japaner heute bei Zukunftstechnologie und den Wachstumsbranchen weiter, die sie vor sich sehen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich meine nicht, daß dies eine Orientierung für uns sein soll. Aber darauf haben wir uns einzustellen.

In der Philosophie des Neoliberalismus ist uns manchmal die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft wichtiger als ihre pragmatische Ausgestaltung. Eine solch enge gemeinsame Verantwortung und Aktion von Staat und Wirtschaft ist immer abgelehnt worden. Wir halten uns lieber in der grundsätzlichen ordnungspolitischen Diskussion auf. Danach vertrauen wir auf die gesunde Konkurrenz der Unternehmer untereinander. Sie würden Deutschlands Stellung schon aufrechterhalten.

Heute haben wir in vielen Branchen, in denen die Japaner uns in den letzten 15 Jahren Konkurrenz machen, erhebliche Strukturprobleme, Pleiten und Entlassungen. Zum Teil bestehen Überkapazitäten und eine veraltete wehleidige Ohnmacht überwiegt und klare Analysen und darauf aufbauende realistische gemeinsame Handlungsstrategien fehlen.

Was ist also nötig? Aus meiner Sicht als Forschungsminister: die Förderung von Schlüsseltechnologien in einem Dialog mit Unternehmen und Gewerkschaften.

Es sind dies zum Beispiel

- Mikroelektronik und Informationstechnologien
- Energietechnologien
- Biotechnologie und Biochemie
- Rohstoff- und Werkstofftechnologien
- Organisationstechnologien.

Wir werden die Herausforderungen an unsere Volkswirtschaft nur mit Einfallsreichtum in Staat und Wirtschaft bewältigen - nicht im Nachkarten, nicht in der Orientierung am Bestehenden. Die Eigeninitiative der Wirtschaft steht dabei im Vordergrund. Aber dies schließt nicht aus, daß Unternehmen, Gewerkschaften und Staat stärker als bisher in einen Dialog über technologische Entwicklungen, ihre Anwendung und Auswirkungen eintreten. Ich möchte diesen Dialog vorantreiben.

Der technische Fortschritt kann dazu beitragen, einige Probleme bei uns wie weltweit zu lösen. Wichtiger scheint noch zu sein, daß wir die Zukunft nicht nur als eine Bewahrung der Vergangenheit betrachten, sondern die zahlreichen Entwicklungen in dieser Welt aufgreifen und so die Chance zur Verbesserung unserer Lebensverhältnisse nutzen. Wir dürfen nicht in Untergangsstimmung verfallen, sondern müssen die Herausforderungen annehmen. Bisher hat die Bundesrepublik Deutschland dabei immer mithalten können. So soll es bleiben.

Praktische Entwicklungspolitik?

Ausländerpolitik darf keine trügerischen Hoffnungen wecken

Von Dagmar Luuk MdB

In der Ausländerpolitik laufen die Parteien und die Länderregierungen derzeit Gefahr, trügerische Hoffnungen zu wecken, die in der Praxis unerfüllt bleiben. Die Erwartungen, die mit Schlagworten wie "Rückkehrprämie" und "Kapitalisierung von Rentenansprüchen" in der Öffentlichkeit geweckt werden, stehen in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer praktischen Wirksamkeit.

Die Ausländerpolitik darf sich nicht darin erschöpfen, eine Rückkehr gegen Bares zu ermöglichen und zu glauben, dies sei dann praktische Entwicklungspolitik. Deshalb muß es verstärkt Aufgabe der Ausländerpolitik werden, in Gesprächen mit der türkischen Regierung die Voraussetzungen für den Transfer von Gastarbeiterkapital zu schaffen und dabei die Rückwanderung als einen mittelfristigen Nebeneffekt zu betrachten.

Ein Erfolg wird nur zu erzielen sein, wenn man ein differenziertes Programm von Ansparmodellen in der Bundesrepublik und Anlagemöglichkeiten in der Türkei schafft. Sie müssen von Ausbildungsprogrammen und einer regionalen Entwicklungsförderung flankiert werden.

Es kann nicht Politik der Bundesrepublik sein, türkische Arbeitnehmer eine Rückkehrprämie und eine Fahrkarte in die Hand zu drücken, sie dann in ihrer Heimat ihrem Schicksal zu überlassen und dies alles als Entwicklungspolitik auszugeben. Eine öffentliche Diskussion um horrenden Rückkehrprämien, deren Zahlung in der Praxis nie geleistet werden kann, ist zudem nicht geeignet, der Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken.

(-/18.5.1982/h1/ca)

+ + +



Noch nicht aus dem Schneider

In der Streibl-Affäre muß gezielter und verstärkt ermittelt werden

Von Günter Wirth MdL

Rechtspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die bisherige unbefriedigende, mehr verschleierte als aufdeckende Behandlung der Prefab-Affäre durch die bayerische Staatsregierung veranlaßt die SPD-Fraktion im bayerischen Landtag, noch einmal auf die offenen Fragen hinzuweisen und deutlich zu machen, wo Aufklärung dringend geboten ist. Auch die Antworten der bayerischen Staatsregierung in der mündlichen Fragestunde vom Mittwoch haben nichts geklärt, sondern weitere Fragen aufgeworfen.

Daß nach Angaben des Justizministers Hillermeier die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I keinen Anlaß für ein förmliches Ermittlungsverfahren sieht, um die Vorwürfe im Zusammenhang mit der Prefab-Affäre lückenlos aufzuklären, ist bei der SPD-Fraktion auf Unverständnis gestoßen. Immerhin existiert nach Angaben des Dr. Karlheinz Aigner, damals Steuerberater der Firma Prefab und Schatzmeister der CSU-Oberbayern, eine Liste, auf der neben Finanzminister Streibl weitere hohe bayerische Beamte handschriftlich vermerkt sein sollen, denen - so der ehemalige Geschäftsführer der Prefab, Ernst Masdorp - Dr. Helmut Klein Gelder habe zukommen lassen. Wie Justizminister Hillermeier selbst einräumt, ist Dr. Klein, der in Frankreich in Untersuchungshaft sitzt, bisher von bayerischen Behörden dazu nicht vernommen worden.

Da Klein selbst behauptet, im Besitz der von Aigner handschriftlich erstellten Liste mit Namen und Zahlen zu sein, ist eine Ermittlung in dieser Richtung dringend erforderlich. Nur auf diese Weise kann nämlich geklärt werden, ob der von dem früheren Prefab-Geschäftsführer Masdorp erhobene Bestechungsvorwurf gegenüber Minister Streibl und anderen bayerischen Regierungsbeamten stimmt, oder ob der Prefab-Steuerberater Dr. Aigner sich des Betrugs verdächtig gemacht hat, weil er öffentlich erklärte, er habe eine solche Liste erstellt, um sein Honorar aufzubessern.

Daß die Staatsanwaltschaft bei einem derartigen Sachstand keinen ausreichenden Anlaß sieht, die Betroffenen - also Aigner, Klein sowie diejenigen, die auf der Liste stehen - zu vernehmen, ist für Wirth völlig unverständlich: Der SPD-Fraktion geht es um volle Aufklärung der im Zusammenhang mit der Prefab-Affäre erhobenen Vorwürfe; Unterstellungen der Staatsregierung, die SPD betreibe parteipolitische Polemik, sind angesichts der ungeklärten Vorgänge völlig haltlos.

Ungereimtheiten, die dringend zu klären sind, gibt es genug:

- o So hat Dr. Aigner in seiner Eigenschaft als Steuerberater der Firma Prefab im Juli 1977 für die steuerliche Sanierung der Firma Normbetrieb Prefab Constructions Element GmbH und Co. KG ein Honorar von sage und schreibe 1.266.000 Mark erhalten. Die Frage drängt sich doch geradezu auf, was mit diesem enormen Geldbetrag geschehen ist. Oder ist dies etwa das angemessene Honorar für ein Jahr Arbeit als Steuerberater?
- o Unbestritten ist, daß sich der Abschreibungs-Jongleur Dr. Klein, nachdem die Firma Prefab in Bayern die steuerliche Verlustzuweisung von 96 Millionen Mark erhalten hatte, der CSU erkenntlich zeigte, indem er der CSU Oberbayern eine ersten Spende in Höhe von 20.000 Mark zukommen ließ, und zwar im Jahre 1977. Das genaue Datum war bisher nicht zu erfahren.



- o Unbestritten ist, daß diese vorläufige Anerkennung des Verlustes durch das Finanzamt München IV am 1. August 1977 erfolgte.
- o Unbestritten ist, daß zu diesem Zeitpunkt die Firma Normbetrieb Prefab noch gar nicht in das Handelsregister beim Amtsgericht München eingetragen war.
- o Nicht bestritten werden kann, daß ein Anruf des Finanzamts München IV bei den Kollegen in Neu-Isenburg (von dort verlegte die Prefab ihren Sitz nach München) ergeben hätte, daß die Prefab beim dortigen zuständigen Finanzamt mit ihrem Antrag auf Verlustzuweisung nicht durchkam und ständig die Vorlage neuer Unterlagen verlangt wurde. Damit erscheint dann auch das Lob Streibls, ausschließlich der besonderen Sorgfalt bayerischer Finanzbehörden sei es zu danken, wenn es zu keinen ungeRechtfertigten Verlustzuweisungen kam und die Sache dem Staatsanwalt übergeben wurde, in einem ganz anderen, für die bayerischen Behörden ungünstigeren Licht.
- o Unbestritten ist, daß aufgrund der vorläufigen Verlustzuweisung vom 1. August 1977 des Finanzamts München IV für die Anleger der Prefab, die auf die anhaltende Gültigkeit dieser steuerlichen Feststellung vertrauten, ein Verlust von 200 Millionen Mark entstanden ist. Bei einer derartig hohen vorläufigen Verlustzuweisung wird in einschlägigen Kreisen schon einmal gescherzt: "Das Finanzamt hat uns eine Geldpresse genehmigt."
- o Unbestritten ist, daß Aigner den Dr. Klein mit dem bayerischen Finanzminister Streibl zu einem Treffen zusammenbrachte, das in den Maximiliansstuben am 1. Dezember 1978 stattfand. Zu einem Zeitpunkt also, als Aigner schon wissen konnte, daß die Betriebsprüfung bei der Prefab zu Ergebnissen gekommen war, die eine Steuerfahndung und die Staatsanwaltschaft nach sich ziehen mußten. Das geschah dann auch zwölf beziehungsweise 22 Tage nach dem Treffen.

Von welchen Leuten ist eigentlich Streibl umgeben? Damals war Aigner immerhin Schatzmeister der CSU-Oberbayern. Der CSU-Freund und Kassier hätte doch Streibl über die Hintergründe der Prefab-Aktivitäten informieren müssen. Insofern ist auch die Feststellung Streibls, es sei nur über Saudi-Arabien und eine geplante Reise dorthin gesprochen worden, nicht so glaubwürdig.

Auf jeden Fall traf sich in den Maximiliansstuben in jenem Dezember 1978 ein seltsames Trio: ein Wirtschaftskrimineller erster Provenienz, ein Steuerberater, der einiges wissen mußte, und ein nach eigenen Angaben völlig unwissender Finanzminister Streibl, der sich nur für die Spenden an die CSU von eben jenem Dr. Klein bedanken wollte. Der stand aber schon zwei Monate später auf den internationalen Fahndungslisten.
(-/18.5.1982/vo-he/ca)

+ + +



Dokumentation

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, soll die schleswig-holsteinische SPD als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf '83 führen. Einen entsprechenden Vorschlag hat der SPD-Landesvorstand in geheimer Wahl einstimmig beschlossen. In einer Pressekonferenz am Montag im Kieler Landeshaus erklärte Engholm:

1. An meiner vor zehn Monaten erklärten Bereitschaft zur Spitzenkandidatur hat sich nichts geändert. Sie ist durch das Votum des Landesvorstandes und die Diskussion mit der Landtagsfraktion bestätigt und bestärkt worden.

Für meine Kandidatur spricht, daß ich

- als geborener Lübecker unserem Land und seinen Menschen verbunden bin,
 - seit 13 Jahren uneingeschränkt von meiner Partei und vielen Bürgern (auch über die Parteigrenze hinaus) Unterstützung erfahren habe,
 - Politik als solides Handwerk auf allen Ebenen erlernt habe (vom Bürgerschaftsausschuß über das Mandat in Bonn bis zur ministeriellen Aufgabe).
2. Ich möchte helfen, daß nach über 30 Jahren der politische Wechsel in Schleswig-Holstein möglich wird. Ich bin mir bewußt, daß dies unter den gegenwärtigen politischen Vorzeichen schwer sein wird.
- Ich werde nicht, wie die Union es tut, alles kritisieren, was der politische Gegner macht, das wäre überheblich und vermessen. Aber: Nach 30 Jahren schläft jeder Elan ab, Ideen werden rar, die Unbeweglichkeit nimmt zu, Reglementierung und majestätisches Gehabe reißen ein. Die CDU und ihre Landesregierung sind dafür Beispiel.
- Wir Sozialdemokraten werden zukunftsorientierte Programme für Wirtschaft, Umwelt, Energie, Bildung und Soziales entwickeln und damit unser Land zum Vorreiter notwendiger Erneuerung machen. Das heißt: Modernisierung der Wirtschaft, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsgarantie für alle, zentraler Stellenwert von neuen Ökologie- und Energiekonzepten. Dies wird im Vordergrund unseres Landesprogramms stehen, das im Oktober vom SPD-Parteitag verabschiedet werden wird. Dieses Landesprogramm wird konkrete Einzelheiten (einschließlich der Finanzierbarkeit) nennen.

Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten setzen damit auf die Kraft der Erneuerung gegen die konservative Landespolitik mit Ihren Konzepten von gestern und vorgestern.

- Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird vertrauensvoll und kooperativ mit dem Bund zusammenarbeiten und die Interessen des Landes in Bonn zur Geltung bringen. Das Auftreten der CDU-Landesregierung als ständiger Opponent im Bundesrat hat Vertrauen in unser Land in Bonn gefährdet, auf das Schleswig-Holstein mit seinen Problemen angewiesen ist.



- Wir Sozialdemokraten setzen auf Liberalität und Bürgernähe gegen Bevormundung und hoheitliche Distanz. Der Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum muß für den Bürger ausgebaut werden.

3. Der Wechsel in Kiel braucht Unterstützung durch die Bürger, er braucht politische Mehrheiten. Wir bauen auf die faire und konstruktive Zusammenarbeit mit der FDP und dem SSW, und wir bauen auf die Arbeitnehmer (und ihre Gewerkschaften), deren Sorgen, Nöte und Interessen meine politische Arbeit bisher wesentlich bestimmt haben und auch künftig bestimmen werden.

Die Unterstützung durch den Bundeskanzler, meine Regierungskollegen und die Bundes-SPD wird besonders hilfreich sein.

4. Der bevorstehende Wahlkampf wird sicher von allen Beteiligten mit vollem Einsatz bestritten werden. Ich werde dabei sorgfältig (wie schon viermal bei Bundestagswahlen) auf die Wahrung der Regeln menschlichen Anstands achten, die politische Kultur darf auch in der Hitze des Gefechts nicht Schaden nehmen. Wer Bürgern Toleranz und Menschlichkeit predigt, darf selbst nicht intolerant sein. Der Berliner Wahlkampf zwischen Jochen Vogel und Richard von Weizsäcker könnte Vorbild sein.

5. Meine Bitte an die Bürger im Lande: Helfen Sie mit, daß die politische Konkurrenz nicht zum unversöhnlichen Kampf wird. Sie sind der Souverän, der letztlich darüber entscheidet, ob guter Stil und klare Sachkonzepte obsiegen.

Meine Bitte an Sie, die Journalisten: Berichten Sie ausgewogen auch dann, wenn Sie selbst politisch anders denken. Ich werde es an der notwendigen, sachlichen Information nicht fehlen lassen.

(-/18.5.1982/va-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

